



## Tagungsnotizen

**12.06.2013**

### **Struktureller/institutioneller Rassismus in der Polizei**

#### **Was können zivilgesellschaftliche Organisationen tun?**

*Auf Bitte der Teilnehmer hat das BUG e.V. die folgenden Tagungsnotizen zusammengestellt. Diese basieren auf den Notizen aus den Arbeitsgruppen und Berichtsformaten, die im Laufe der Veranstaltung gemeinschaftlich zusammengestellt wurden. Diese sind von Seiten des BUG nicht verändert worden.*

#### **Notizen aus den Arbeitsgruppen (11.40 – 13.00)**

##### **Arbeitsgruppe 1: Gesetzgebung**

###### Identifizierte Problemlagen

*In welchen Gesetzen und Verfahrensformen, die die Polizei implementiert, wird "institutioneller/ struktureller Rassismus" befördert?*

###### 1. Gesetzentwicklung

- rassismusbewusste Gesetzesfolgenabwägung (Antirassismusmainstreaming)
- Definition von Rassismus sinnvoll (?)
- Rassismus immer nur als Form von politischem Extremismus wahrgenommen
- Strafverschärfung von Hate Crimes nicht vorgenommen
- AGG deckt staatliche Akteure nicht ab
- fehlende Definitionen von Migration und Status im Sozialrecht (die von der Polizei übernommen werden)
- Schleierfahndung
- die Polizeiaufgabengesetze sollten über die Normierung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit (vgl. etwa § 11 ASOG oder § 15 BPolG) hinaus auch ein Verbot gruppen- oder personenbezogener Zuschreibungsprozesse bei der

Adressatenauswahl (im Sinne eines Verbots des rassistischen Labelings)  
erhalten

## 2. Strafrechtliche Sondergesetze

- keine Beschäftigungserlaubnis während des Asylfahrens und Kriminalisierung solcher Beschäftigungsverhältnisse
- Residenzpflicht
- Kriminalisierung illegaler Einreise
- Ausweisung wegen Straftaten (selbst bei anerkannten Asylsuchenden oder hier geborenen Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft)

## 3. Ermächtigungsgrundlage für polizeiliches Handeln

- Untersuchung der Abschiebehaft (weil es sich dabei um eine im Verantwortungsbereich der Polizei liegende Form der Inhaftierung zum Zwecke der Sicherung des Abschiebeverfahrens handelt; dabei haben die teilweise monatelang Inhaftierten keine Beschäftigungs- und Partizipationsmöglichkeiten, weil das Ziel der Freiheitsberaubung nicht die mit positiven Maßnahmen der Resozialisierung unterstützte Freilassung ist, sondern die Abschiebung)
- alle Polizeigesetze erlauben Anschlussmaßnahmen in Folge einer Personenkontrolle wie Durchsuchung der mitgeführten Taschen, Kleidungsstücke etc. (es besteht die Gefahr, dass die Polizei sich durch Zufallsfunde nachträgliche Rechtsgründe für eine ursprünglich rassistisch motivierte Personenauswahl für ihre Kontrolle findet und als berechtigte behaupten kann)
- Schleierfahndung (anlassunabhängige Personenkontrollen)
- das Antiterrordateigesetz (ATDG) erfasst neben Staatsbürgerschaft, Organisationsmitgliedschaften und Religion auch die "Volkszugehörigkeit" von vermeintlichen Terrorunterstützer\_innen und deren Kontaktpersonen (es besteht die Gefahr, dass von der Volkszugehörigkeit auf die vermeintliche Gefährlichkeit geschlossen wird; insofern finden Zuschreibungsprozesse statt)

## 4. Rassismusbefördernde Dienstvorschriften und Praxis

- die Zuständigkeit für Asylverfahren gehört nicht in die Verantwortung des BMI, sondern BMSoziales/Familie/Arbeit
- auf eine Dienstvorschrift gestützte Praxis der Bundespolizei, Haftanträge vor Asylanträgen zu prüfen → führt dazu, dass die Zuständigkeit für die Inhaftierten bei der Polizei/Justiz verbleibt und nicht an das Bundesamt für Migration übergeht (die für die Unterbringung während der Dauer des Asylverfahrens zuständig ist)
- Praxis der Schnellverfahren (bei "einfachen" Straftaten – von illegalem Grenzübertritt bis Diebstahl – werden die Beschuldigten von der Polizei auf Betreiben der Staatsanwaltschaft direkt den Richter/innen vorgeführt und verurteilt, ohne die Chance einer rechtsanwaltlichen Verteidigung oder bei Jugendlichen einer Beteiligung der Jugendgerichtshilfe; dies geschieht besonders häufig bei nichtdeutschen Beschuldigten, die mit Androhung der Untersuchungshaft besonders erpressbar sind und in den Eilverfahren teilweise sogar zu Bewährungsstrafen verurteilt werden)
- regelmäßig stellt die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften (Lagern) für die Justiz einen Grund zur Verlängerung der Untersuchungshaft dar, weil es sich bei diesen nicht um einen "festen Wohnsitz" handle

- Fehlen von Schwerpunktstaatsanwaltschaften für rassistische Straftaten
- bei Verfolgung rassistischer Handlung oder Beleidigungen: keine Kenntnis der Polizei über den Fortgang der Strafverfahren im Verantwortungsbereich der Staatsanwaltschaft (oft werden die von der Polizei verfolgte Straftatbestände von der Staatsanwaltschaft eingestellt, womit die Betroffenen auf den Privatklageweg verwiesen sind)
- Dienstaufsichtsbeschwerden wirkungslos: "formlos, fristlos, fruchtlos"

#### 5. Transparenz

- die Grundlagen der Gefahrenprognosen für gefährliche Orte, an denen der Polizei anlassunabhängige Kontrollen erlaubt sind, werden nicht öffentlich bekannt gegeben
- das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) muss auch für die nicht besonders quellschutzsensiblen Bereiche der Polizeiarbeit Anwendung finden
- es fehlen Pflichten zur Anfertigung von Protokollen über Grund und Anlass polizeilicher Maßnahmen, die auch für die von diesen Maßnahmen Betroffenen auf Verlangen ausgehändigt werden
- es fehlen unabhängige Stellen zur Überprüfung von Polizeimaßnahmen (die Tatsache, dass bei Beschwerden und Anzeigen Beamt\_innen gegen Beamt\_innen ermittelt wird als strukturell problematisch angesehen)
- fehlende Belehrungspflichten bei Kontrollen
- es fehlen Vorschriften (wie in UK; dort als Umsetzung der EMRK eingeführt) zur Durchführung rechtsmedizinischer Untersuchung durch unabhängige Stellen bei allen in Haft Verstorbenen)
- es fehlen gesetzliche Vorschriften zur individuellen Kennzeichnung von Beamt\_innen
- Kriminalstatistik ist intransparent und suggeriert ein großes Maß an sog. Ausländerkriminalität, andererseits wird das Ausmaß rassistisch motivierter Straftaten gar nicht erfasst (außer wenn es sich um sog. politisches Strafrecht handelt)
- Antirassismusmainstreaming: transparente Rechenschaftspflichten gegenüber der Öffentlichkeit (unabhängige Polizeibeschwerdestellen auf der Grundlage der Individualisierbarkeit von Diensthandlungen der Einführung von maßnahmeerklärenden Dokumentationspflichten; Beschwerdemöglichkeit für Opfer rassistischer Polizeiakte mit Pflicht der Stelle zur Nachprüfung; kostenloser Zugang zur Rechtsberatung für Betroffene)

#### 6. Politische Partizipation

- Ausschluss von öffentlichen Ämtern (Art. 33 GG) verhindert interkulturelle Einflüsse in der Polizeiarbeit
- Unterscheidung zwischen Grund- und Deutschenrechte im GG

#### 7. Gleichstellung in Verfahrensrechtsschutz

- gleichberechtigte Beteiligung der Betroffenen im Verfahren
- fehlende Durchsetzbarkeit von Ansprüchen aus Dienstverhältnissen illegal(isiert)er Beschäftigung vor den Arbeitsgerichten, weil diese im Falle einer Klage Anzeige beim Ausländeramt erstatten (hier müsste es anonyme Klagemöglichkeiten geben)
- prozessuale Sondergesetzgebung im Asylverfahren abschaffen (Verwaltungsgerichtsordnung muss auch im Asylverfahren gelten)

- besondere Formen des Täter-Opfer-Ausgleichs bei Hate Crimes nicht vorhanden

## **Arbeitsgruppe 2: Struktur/Organisation**

### Identifizierte Problemlagen

1. Struktureller Rassismus
  - Herrschaftsstruktur/Macht brauchen Ausgrenzung?
  - Rassismus als europäische Ausprägung? Weiße Vorherrschaft.
  - Wer ist Polizei? Polizei als herrschaftssicherndes Instrument.
  - Konstrukt Staat – In-/Ausländer (Was ist „deutsch“?)
  - Fördernde Struktur. Weiterentwicklung der Struktur ⇒ „Diversity“
  - Vielzahl von „Polizeien“ – Rollen unklar. (Präventive Polizei – Strafverfolgung/repressiv)
2. Institutioneller Rassismus
  - Institutionelle Einhegung des strukturellen Rassismus
  - Formelle Entscheidungshierarchie
  - Selbstzeugender Kreislauf + common sense
3. Organisation
  - Mündliche Tradition der Polizei/Diskussion. Erfahrungswissen/rassistischer Konsens
  - Intransparenz/Rechenschaftspflicht
  - Kooperative Führungsstile
  - Unterordnungsverhalten
  - Hierarchien können auch anti-rassistisch sein
  - Strikte hierarchische Organisation der Polizei. Corps-Geist. Cop-Mentalität
  - Nichts falsch machen. ⇒ Selbstkritik/„Fehlerkultur“
  - Fortbildung/keine Rolle/keine Module. Intention
  - Rassistische/fremdenfeindliche Kategorien – Definitionssystem der Ministerien, Leitbild von oben
  - Internationale Abkommen Menschenrechte
  - Parteien/Zivilgesellschaft versteht politisches System und Rassismus auch nicht
  - Input communities ⇒ ständige Qualitätskontrolle
  - Mentalität von unten. Selbstreflexion. Hat Verhalten rassistische Effekte?
  - Datenlagen/Datensammlung/Sichtbarkeit (z.B. PMK)
4. Ausbildung
  - Träger des Gewaltmonopols brauchen gute Ausbildung
  - Internationale Abkommen nicht bekannt (Verpflichtung, Implementierung)
  - Input der „Communities“: Wer sind diese Leute?
  - Trennung rassistisch („deutsch“)/fremdenfeindlich („Ausländer“)
  - „Rassismus“ war nicht anerkannt
5. Sonstiges
  - Rassismus zählt nicht zu PMK (politisch motivierte Kriminalität)

- Föderale Struktur. 16 Hierarchien und Entscheidungsprozessen. Länder wollen behalten (Länderegoismus)
- Unabhängige Beschwerdestelle, blinder Fleck bei der Polizei
- Polizei begleitet Demo zum Schutz von Nazis
- Politischer Kontext. „Gastarbeiter“ – Anwendung als historische Vorgeschichte. „Asylbewerbersituation“
- Historischer Wandel nicht in Polizeiverhalten übertragen
- Rassistische Kontinuitäten in Ost- und Westdeutschland
- Fehlende gesellschaftliche Analyse der Polizei
- Obrigkeitsstaatliches Denken
- Kritik schwächt Autorität
- Rassistische Bezeichnung für Sonderermittlungen
- Von Rassismus betroffene Menschen haben geringe Beschwerdemacht ⇒ gesondertes Berichtssystem
- Polizeigewahrsam ⇒ transparenter, zugänglicher gestalten
- Wissen über Außenwahrnehmung der Polizei: ‚Racial Profiling‘ und Erfahrungswissen der Bevölkerung, rassistisch, Polizist = Ausländerfeind Nr. 1, schützt nicht alle, Demokratieschützer (bei Kindern)
- Selbstbild Polizei. Stellenabbau Polizei ⇒ Überforderung, schlampige Ermittlungen, diskriminierungsfördernd

## **Arbeitsgruppe 3: Arbeitsweisen**

### Identifizierte Problemlagen

- Corps-Geist, „cop culture“
- Kommunikation/Sprachbarrieren. Keine eindeutige Regelung für Einbeziehung von Sprachmittler(inne)n/Dolmetscher(inne)n
- Keine wortwörtlichen Vernetzungsprotokolle
- Reduktion der Opfer auf ihre Funktion als „Beweismittel“
- Vernehmung als Opfer/Täter(in)
- Rechenschaft der Polizeibeamt(inn)en, keine externen Kontrollen, Ermittlungen
- Keine Rechenschaftspflicht gegenüber Öffentlichkeit, Betroffenen. Gegenanzeigen von Polizist(inn)en
- Repressionsmaßnahmen gegenüber Betroffenen/Aktivist(inn)en. Kriminalisierung von Aktiv-, „Extremismus“
- Ungenaue Vorbereitung von Einsatzmaßnahmen (Kontrollen). Intransparenz
- Unsichtbarkeit von Mustern (Dokumentation)
- Rassistische Vokabular/Kategorien
- Keine kriminalistische Qualitätssicherung (welche Maßnahme führt zum Erfolg)
- Ungenaue Vorbereitung von Einsatzmaßnahmen. ‚Racial Profiling‘ wird nicht als Problem wahrgenommen
- Nichtimplementierung von Vorgaben (oder fehlerhafte). Information zu Rechten und Hilfsangeboten für Betroffene (z.B. 2.ORG, Gewaltschutzgesetz...). Statistische Einordnung im Ermessen der einzelnen Beamt(inn)en
- Diversity

## Arbeitsgruppe 4: Individuen

### Identifizierte Problemlagen

1. Wahrnehmungsdefizit von Nichtweißen als Bürger(innen)
  - Dienstleistende – schützende Person von Rechtsextremismus (Täter-Opfer-Umkehr)
  - Misinterpretation des professionellen Auftrages
  - Verharmlosung/Nichterkenntung von Rassismus
  - Abwehr gegenüber Fortbildungsangebote
2. Mangelnde Sprachkompetenz. Nichthinzunahme von Dolmetscher(inne)n
3. Habitus – körperliche Präsentation
  - Selbstbild als bedrohliche Person nicht reflektieren
  - Gewaltvoll, bedrohlich, martialisch
  - Haltung des „richtigen Weißen“
  - Bewaffnung als Selbstverständlichkeit
4. Zuschreibung von Bedrohung gegenüber Nichtweißen

## Notizen aus den Arbeitsgruppen (14.00 – 15.15)

<b>Arbeitsgruppe 1: Gesetzgebung</b>	
Problemlage A: AGG-Anwendbarkeit auf Polizeiarbeit	
Ziel von Handlungsoption A: Staatliche Akteure sollen als Verpflichtete in den Geltungsbereich des AGG aufgenommen werden.	
<u>Handlungsoption A:</u>	
<p>Was kann/soll gemacht werden?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Anwendungsbereich des AGG soll auf staatliche Akteur_innen (Behörden, öffentliche Stellen, insbes. Polizei) ausgeweitet werden</li> <li>• Problem: löst Auseinandersetzungen mit Flüchtlingsproblematiken nicht</li> </ul> <p>Wer ist Zielgruppe der Maßnahme?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gesetzgeber</li> </ul> <p>Wann sollte die Maßnahme durchgeführt werden?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Nach der Bundestagswahl</li> </ul> <p>Wer wird die Maßnahme durchführen?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• NGOs im Bereich der Antirassismuserbeit,</li> </ul> <p>Wer sind notwendige/mögliche Partner bei der Umsetzung?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gruppen, die im AGG abgedeckt sind; Antidiskriminierungsstellen der Länder und des Bundes</li> </ul> <p>Ist Geld für die Maßnahme nötig?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• garantiert</li> </ul> <p>Sonstige Aspekte: Erweiterung des AGG sollte nicht nur eine</p>	

materielle Grundlage haben, sondern auch den Ausbau von Partizipations- und Beratungsangeboten beinhalten	
Problemlage B: Kriminalisierung von aufenthaltsrechtlichen Beschränkungen (Beschäftigungsverbote, illegale Einreise, Residenzpflicht)	
Ziel von Handlungsoption B: Abschaffung des Nebenstrafrechts im Aufenthalts- und Asylverfahrensrecht	
<p><u>Handlungsoption B:</u></p> <p>Was kann/soll gemacht werden?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• alle Sonderstrafgesetze, die von deutschen Staatsbürger_innen nicht verwirklicht werden können, werden als Straftatbestände abgeschafft</li> <li>• Entkriminalisierung (auch keine OWi) Aufenthaltsrechts</li> </ul> <p>Wer ist Zielgruppe der Maßnahme?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bundesgesetzgeber</li> </ul> <p>Wann sollte die Maßnahme durchgeführt werden?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Nach der Bundestagswahl</li> </ul> <p>Wer wird die Maßnahme durchführen?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• NGOs in der Flüchtlingsarbeit und im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit tätigen Organisationen kooperieren nur bedingt</li> </ul> <p>Wer sind notwendige/mögliche Partner bei der Umsetzung?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• AntiRa-Organisationen</li> </ul> <p>Ist Geld für die Maßnahme nötig?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Geld hilft immer</li> </ul> <p>Sonstige Aspekte:</p>	
Problemlage C: Intransparenz polizeilichen Handelns und fehlende Effektivität von Sanktionsmöglichkeiten	
Ziel von Handlungsoption C: Schaffung unabhängiger Beschwerdestellen für fehlerhafte Polizeimaßnahmen	
<p><u>Handlungsoption C:</u></p> <p>Was kann/soll gemacht werden?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• (möglichst gesetzliche) Einrichtung unabhängiger Polizeikontrollstellen (als Beschwerde- und Kontrollstellen)</li> </ul> <p>Wer ist Zielgruppe der Maßnahme?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Exekutive (Innenministerium/ Polizeiführung)</li> <li>• Landes- und Bundesgesetzgeber</li> </ul> <p>Wann sollte die Maßnahme durchgeführt werden?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>•</li> </ul> <p>Wer wird die Maßnahme durchführen?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Alle Organisationen im Bürgerrechts- und AntiRa-Bereich und Gewerkschaften</li> </ul> <p>Wer sind notwendige/mögliche Partner bei der Umsetzung?</p> <p>Ist Geld für die Maßnahme nötig?</p>	

<ul style="list-style-type: none"> <li>Zur Ausfinanzierung der Beschwerde- und Beratungsstellen sind Mittel notwendig</li> </ul> Sonstige Aspekte: Dokumentations- und Kennzeichnungspflichten	
<b>Problemlage D: ‚Racial Profiling‘</b>	
<b>Ziel von Handlungsoption D: Abschaffung verdachtsunabhängiger Kontrollen</b>	
<u>Handlungsoption D:</u>	
Was kann/soll gemacht werden? <ul style="list-style-type: none"> <li>Abschaffung aller Ermächtigungsgrundlagen verdachtsunabhängiger, personenbezogener oder gruppenspezifischer Kontrollen</li> <li>Transparenzebene bei Personenkontrollen (Dokumentation der Maßnahmegrundlagen im Einzelfall – auch zur Aushändigung an die Betroffenen – und statistisch – um das Ausmaß der Kontrollen zu erfassen)</li> <li>ATDG – Entfernung des Merkmals (Volkszugehörigkeit)</li> </ul> Wer ist Zielgruppe der Maßnahme? <ul style="list-style-type: none"> <li>Landes- und Bundesgesetzgeber</li> <li>Polizeiführung</li> <li>Polizeiaus- und Weiterbildung</li> </ul> Wann sollte die Maßnahme durchgeführt werden? <ul style="list-style-type: none"> <li>sofort</li> </ul> Wer wird die Maßnahme durchführen? <ul style="list-style-type: none"> <li>AntiRa- und Bürgerrechtsgruppen, Amnesty</li> </ul> Wer sind notwendige/mögliche Partner bei der Umsetzung? <ul style="list-style-type: none"> <li>Gewerkschaften, Landespolizeien</li> </ul> Ist Geld für die Maßnahme nötig? <ul style="list-style-type: none"> <li>Etwas wäre nicht schlecht</li> </ul> Sonstige Aspekte: Sensibilisierung bereits in der Datenerhebung und Statistik über das Ausmaß von Personenkontrollen	

<b>Arbeitsgruppe 2: Struktur/Organisationen</b>	
<b>Problemlage A: Kategorisierung (Politisch motivierte Kriminalität (PMK); Rassistisch-Fremdenfeindlich)</b>	
<b>Ziel von Handlungsoption A: Lückenlos Erfassung rassistischer Straftaten / ‚Rassismus als politische Überzeugungstat‘</b>	
<u>Handlungsoption A:</u>	
Was kann/soll gemacht werden? <ul style="list-style-type: none"> <li>neugeordnete PMK (Staatsschutz) eröffnet Sonderzuständigkeit der Polizei (Staatsschutz).</li> <li>Information über PMK: Was steht genau in der PMK-R? Wie ist sie gedacht? Wie wird sie gemacht</li> <li>Informationen einholen, welche Erfahrungen es schon gibt? Was können wir aus der Praxis in anderen EU-MS-Staaten lernen?</li> </ul>	

<ul style="list-style-type: none"> <li>• Welche Polizeiinternen Mechanismen gibt es? Beispiele aus anderen Bereichen, wie z. B. Häusliche Gewalt („Opferbeauftragte“ in jedem Polizeirevier), Beauftragte, die über die Rechte von Opfer aufklären (Entschädigungen, Weißer Ring)</li> </ul> <p>Wer ist Zielgruppe der Maßnahme?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Polizei und Zivilgesellschaft</li> </ul> <p>Wann sollte die Maßnahme durchgeführt werden?</p> <p>Wer wird die Maßnahme durchführen?</p> <p>Wer sind notwendige/mögliche Partner bei der Umsetzung?</p> <p>Ist Geld für die Maßnahme nötig?</p> <p>Sonstige Aspekte:</p>	
<p>Problemlage B: Was wird als rassistisch erkannt?</p>	
<p>Ziel von Handlungsoption B: Selbstreflexion</p>	
<p><u>Handlungsoption B:</u></p> <p>Was kann/soll gemacht werden?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Schulung zu Bedeutung von inhaltlichen Fragestellungen im Feld Rassismus</li> <li>• Austauschprogramme mit Polizisten aus anderen Ländern</li> <li>• Vergleich und Systematisierung von Bildungsangeboten in D und Europa (best practices identifizieren)</li> <li>• Polizei: Für wen bin ich da?</li> <li>• Diskriminierung innerhalb der Polizei</li> <li>• Gibt es einen Zusammenhang zwischen Inhalten der Fortbildung und Zusammensetzung der Polizei</li> <li>• Frage der Effektivität solcher Trainings</li> <li>• Wer hat zu Polizei gearbeitet? Themenfeld abscannen</li> <li>• Strategische Diskussionen notwendig</li> </ul> <p>Wer ist Zielgruppe der Maßnahme?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Polizei</li> </ul> <p>Wann sollte die Maßnahme durchgeführt werden?</p> <p>Wer wird die Maßnahme durchführen?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wird erkundet</li> </ul> <p>Wer sind notwendige/mögliche Partner bei der Umsetzung?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• TN der AG, Mailingliste erstellen</li> </ul> <p>Ist Geld für die Maßnahme nötig?</p>	

Sonstige Aspekte:
<b>Problemlage C: Keine Fehlerkultur</b>
<b>Ziel von Handlungsoption C: Kooperative Führungsstile, Selbstreflexion, Organisationsentwicklung</b>
<u>Handlungsoption C:</u>
Was kann/soll gemacht werden? <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kosten von Rassismus</li> <li>• Wie kann antirassistische Arbeit zu besserer, effektiver und effizienterer Arbeit führen.</li> </ul>
Wer ist Zielgruppe der Maßnahme?
Wann sollte die Maßnahme durchgeführt werden?
Wer wird die Maßnahme durchführen?
Wer sind notwendige/mögliche Partner bei der Umsetzung?
Ist Geld für die Maßnahme nötig?
Sonstige Aspekte:
<b>Problemlage D: Blinde Flecken der Polizei</b>
<b>Ziel von Handlungsoption D: unabhängige Beschwerdestelle</b>
<u>Handlungsoption D:</u>
Was kann/soll gemacht werden? <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie sieht so eine Struktur aus?</li> <li>• Wie sind die Erfahrungen in England, wie funktioniert sie und wie ist sie eingebunden</li> <li>• wie verhindert man, dass die Beschwerdestelle zu einer Art Hilfspolizei wird.</li> <li>• Bsp. Sachsen-Anhalt Beschwerdestelle anschauen.</li> </ul>
Wer ist Zielgruppe der Maßnahme?
Wann sollte die Maßnahme durchgeführt werden?
Wer wird die Maßnahme durchführen?
Wer sind notwendige/mögliche Partner bei der Umsetzung?
Ist Geld für die Maßnahme nötig?
Sonstige Aspekte:

## **Handlungsoptionen Arbeitsgruppe 3+4: Arbeitsweisen und Individuen wurde zusammen gelegt**

- Lückenlose Kategorisierung/Erfassung rassistischer Straftaten.
- PMK: Wie ist die gedacht? Wie wird sie gemacht?
- Was können wir aus der Praxis in anderen (EU-) Ländern lernen?
- Welche polizeiinternen Mechanismen können auf den Bereich Rassismus übertragen werden? (z.B. Opferbeauftragte). Hässliches Gesicht, Entschädigungsinfos.
- Beispiel NRW:
  - „Interkulturelle Öffnung“ als Deckmantel für Polizeibildung zu Rassismus
  - Systematisierung und Vergleich von rassismuskritischen Bildungsangeboten, um good practices zu identifizieren
  - Polizeiinterne Konfliktkommission für internen Rassismus: NGOs sollten kooperieren?
  - Weniger rassistische Polizei = erfolgreiche Polizei. „Erfolgskosten“ von Rassismus
- Positive Begegnungen mit Betroffenen
- Diversity mainstreaming (Einstellungsquoten)
- Sensibilisierung für Sprache
- Abschaffung von verdachtsunabhängigen Kontrollen ⇒ mehr Transparenz
- Kontextwissen – differenziert, vorurteilsfrei
- Wortwörtliche Vernehmung
- Sanktionierungen von Polizei
- Fehlermanagement
- Vorgaben implementieren, z.B. Betroffene informieren über Rechte. Hilfsangebote
- Externe Ermittlungsinstanzen
- Rechenschaft gegenüber Öffentlichkeit/Betroffenen
- Fort-, Weiter- und Ausbildung
  - Kommunikation/Empathie
  - Selbstreflexion
  - Diversity, rassismuskritisch
  - Verhältnismäßige Gewaltausübung

# **Besprechung der konkreten Kooperationen im Plenum (16.15 – 17.30)**

**Die folgenden Themen wurden für die Weiterarbeit als zentral eingestuft:**

1. Rassistische Straftaten (hate crime)
2. ‚Racial Profiling‘
3. Kriminalisierung von Asylsuchenden
4. Unabhängige Beschwerdestelle
5. Analyse zur Zusammenarbeit mit der Polizei – eigener Schulungsbedarf

## **Entscheidungen zur konkreten Kooperation**

Während der Abschlussdiskussion wurden folgende konkrete Absprachen getroffen:

### **1. Rassistische Straftaten (hate crime)**

Eine informelle Arbeitsgruppe soll aufgebaut werden.

### **2. ‚Racial Profiling‘**

Zum Thema ‚Racial Profiling‘ besteht bereits ein informelles Netzwerk von NGOs, das durch das BUG unterstützt wird. Weitere Organisationen können an dieser Gruppe teilnehmen.

### **3. Kriminalisierung von Asylsuchenden**

Bei diesem Thema konnte nicht geklärt werden wer weitere Schritte übernehmen würde.

### **4. Unabhängige Beschwerdestelle bei Fehlverhalten der Polizei**

Eine informelle Arbeitsgruppe soll gebildet werden.

### **5. Analyse Polizeistruktur**

Diese Gruppe versteht sich als Kreis von Personen, die daran interessiert sind die bestehende Polizeistruktur und das Mandat der Polizeiinstitutionen zu verstehen und zu analysieren wie struktureller/institutioneller Rassismus in der Polizei vorgebeugt werden kann. Eine Bedarfsanalyse soll vorgenommen und ‚best practice‘ gesammelt werden.

Bei Interesse an einer der Gruppen melden sie sich bitte beim BUG.